



Presseinformation

Nr. 268/2005

Kiel, Mittwoch, 9. November 2005

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Kindertagesstätten/Bildung im Vorschulalter

Ekkehard Klug: „Bildung im Kindergartenalter ist das Fundament für Schulerfolg und Lebenschancen“

In der Landtagsdebatte zur **TOP 12** (Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen) erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Die Neubewertung des Kindergartens als Bildungseinrichtung ist die wichtigste bildungspolitische Entwicklung der letzten Jahre.

Das, was im Kindergartenalter an Bildung vermittelt wird, legt das Fundament für den späteren Schulerfolg und die Lebenschancen junger Menschen.

Wenn die Politik diese Einsicht ernst nimmt - und sie muss es tun, aus bildungs- wie auch aus sozialpolitischen Gründen! -, dann wird uns das Thema vorschulische Bildung noch lange beschäftigen. Die kleine Kita-Novelle, die wir heute in erster Lesung behandeln, ist dann nur ein winziger Trippelschritt in die richtige Richtung.

Wir Liberale bedauern, dass die Landesregierung meint, diesen grundsätzlich richtigen Schritt mit einer Notlüge verbinden zu müssen. Weil sie nicht weiß, wie sie zusätzliche Mittel aufbringen kann, unterstellt sie mit der Formel „Nicht mehr, sondern anders“, es gebe für ein vorschulisches Bildungskonzept keinen zusätzlichen Personal- und Finanzbedarf. Eine solche Annahme ist geradezu lächerlich. Frau Erdsiek-Raves rheinland-pfälzische Amtskollegin Doris Ahnen hat für ein Landesprogramm zur Stärkung der frühkindlichen Bildung erst kürzlich per anno 27 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln veranschlagt, darunter ein Fortbildungsprogramm für Erzieherinnen und Erzieher mit jährlich 2 Millionen Euro.

Die FDP ist überzeugt, dass auch Schleswig-Holstein mehr kann. Im Rahmen der Haushaltsberatungen werden wir beantragen, den Landeszuschuss für die Kitas im Haushalt 2006 von bisher 60 Millionen auf 68 Millionen zu erhöhen. Die dazu erforderlichen Umschichtungsvorschläge werden wir parallel einbringen. Auch das brächte sicher noch keine Ideallösung, aber es

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

wäre ein echter, wirksamer Schritt im Sinne eines besseren Bildungsangebots im Kindergartenalter.

Nach einer Studie des Forschungsinstituts, das der frühere niedersächsische SPD-Justizminister Professor Christian Pfeiffer leitet, erreichen Ausländerkinder, die einen deutschen Ganztagskindergarten besucht haben, die gleichen Übergangsquoten in weiterführende Schulen wie der Durchschnitt der deutschen Kinder. Soziale Benachteiligungen können in unserem Bildungssystem am ehesten dann ausgeglichen werden, wenn man in frühkindliche Bildung investiert. Dies hilft allen Kindern, die von zuhause aus nicht so gute Startchancen erhalten, nicht nur Kindern aus Migrantenfamilien, sondern allen, bei denen es im Elternhaus in Bildung und Erziehung an Förderung und Unterstützung fehlt. Wer über PISA-Ergebnisse klagt, die den Bildungsstand 15-jähriger Jugendlicher messen, es aber gleichzeitig versäumt, „weiter unten“, wo es tatsächlich um die Startchancen geht, mehr zu tun, der muss sich den Vorwurf der Heuchelei gefallen lassen. Es ist wirklich an der Zeit, aus gesicherten Erkenntnissen die nötigen politischen Konsequenzen zu ziehen.

Zu einer vernünftigen Vorbereitung von Entscheidungen über die Weiterentwicklung der Kindergartenpolitik zählt nach unserer Überzeugung auch eine solide Bestandsaufnahme. Wie sich zum Beispiel in den letzten vier Jahren die tatsächlichen Finanzierungsanteile bei den Gesamtkosten der Kitas entwickelt haben, ist in diesem Land unbekannt. Seit der Erhebung der Zahlen für 2001 wird Kindergartenpolitik insoweit quasi ‚im Blindflug‘ gemacht. Deshalb haben wir heute zur 1. Lesung der Kita-Novelle einen Entschließungsantrag vorgelegt, mit dem dieses Versäumnis ausgeglichen werden soll. Immer wieder liest man in der Lokalpresse über steigende Kita-Gebühren oder über Abmeldungen von Kindern, weil Eltern die Kostenbeteiligung bei Betreuungsangeboten nicht mehr aufbringen können oder wollen. Der Landesgeschäftsführer des Kinderschutzbundes hat dies - nach einem Bericht der „Kieler Nachrichten“ vom 9. Mai - als eine an den Einrichtungen dieses Verbandes landesweit an mehr als 30 Standorten festzustellende Entwicklung bezeichnet. Der Bürgermeister von Geesthacht hat sich vor wenigen Tagen mit einem Schreiben an den Landtagspräsidenten gewandt und darin für den Personenkreis der ALG II-Empfänger und deren Kinder ähnliche Probleme angesprochen. Die Landespolitik darf nicht aus Angst vor der Wirklichkeit vor solchen Hinweisen die Augen verschließen. Wir fordern die Fraktionen deshalb auf, unserem Antrag zuzustimmen.“